Handelsblatt
DONNERSTAG, 23. FEBRUAR 2017, NR. 39

Top-Manager im Fokus: Die SPD geht mit Gehältergrenzen auf Stimmenfang.

Wahlkampf mit dem Gehalt der Manager

Die SPD prescht mit einem Gesetzentwurf zur **Begrenzung von Manager-Vergütungen** vor. Die Union lehnt die Pläne ab, ist sich aber selbst noch nicht einig über die richtige Strategie.

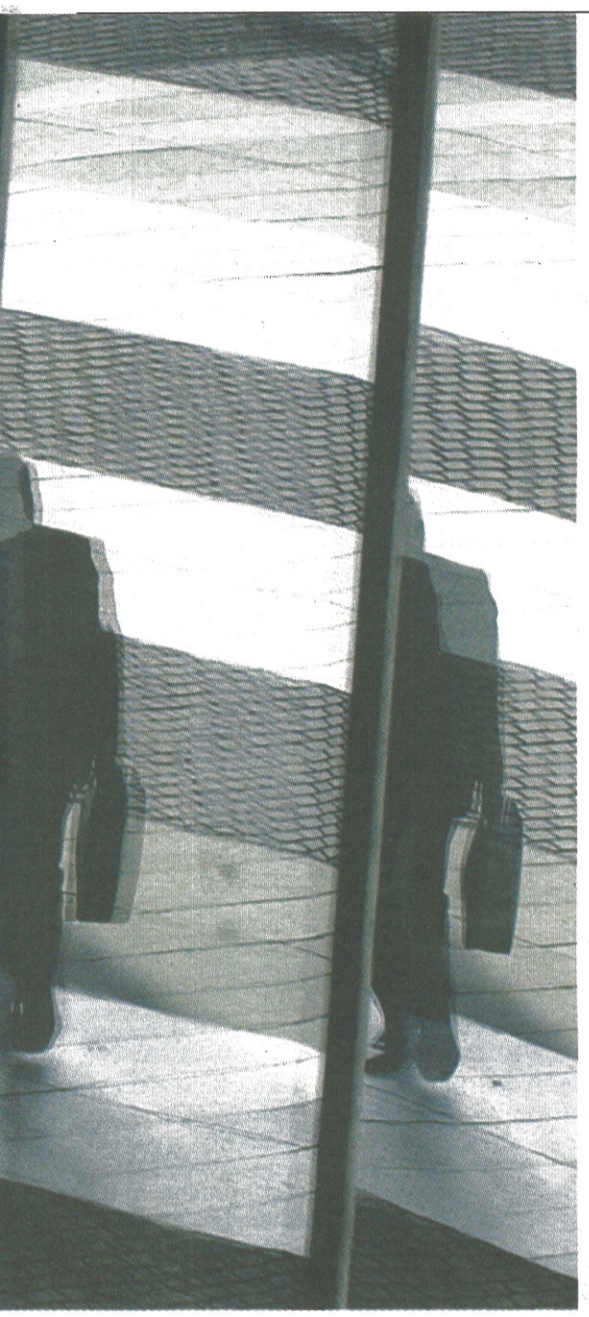
H. Anger, D. Delhaes, J. Hildebrand Berlin

Ob er den Koalitionspartner vorführen und Wahlkampf machen wolle, musste sich Thomas Oppermann am Mittwoch fragen lassen. Gerade hatte der SPD-Fraktionschef einen 13-seitigen Gesetzentwurf zur Begrenzung von Managergehältern und Boni präsentiert, mit dem „exorbitante" Bezüge künftig eingedämmt werden sollen. „Nein, nein", beteuerte Oppermann. Die SPD wolle einen Missstand beheben. „Wir haben ja keinen Raubtierkapitalismus hier in Deutschland, sondern das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft."

Maß und Mitte müssten in den Vorstandsetagen wieder Einzug halten, forderte der Frontmann der Fraktion - verfiel dann aber doch umgehend in den Wahlkampfmodus des designierten SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz: „Zeit für mehr Gerechtigkeit" lautet dessen Motto. Viele Menschen hätten „ein Störgefühl", wenn sie erlebten, dass Manager trotz Schlechtleistungen umfassend abgesichert seien, während normale Arbeitnehmer bei „kleinsten Verfehlungen" das Risiko einer fristlosen Kündigung eingingen.

Ein Störgefühl kam am Mittwoch vor allem bei der Union auf. In früheren Wahlkämpfen wäre die Reaktion von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) klar gewesen: Die CDU-Chefin hätte sich den SPD-Plan einfach zu eigen gemacht und so der Konkurrenz das Thema abgenommen. Und tatsächlich hat Kanzleramtsminister Peter Altmaier gerade noch mal Sympathie für SPD-Vorschläge gezeigt. Doch seit die Sozialdemokraten mit Schulz zu Höhenflügen in den Umfragen ansetzen, fordern viele in der Union das Gegenteil: Attacke. Nirgendwo zeigt sich diese Strategiedebatte derzeit so deutlich wie beim Boni-Thema.

Aus Sicht der Union, vor allem des Wirtschaftsflügels, bietet der SPD-Gesetzentwurf einige An-



dpa

griffsflächen. Würde das Boni-Gesetz Realität, könnten Vorstandsgehälter nicht mehr voll vom Unternehmen als Betriebskosten von der Steuer abgesetzt werden, sondern nur noch bis zu 500 000 Euro jährlich. Das gilt auch für Ruhebezüge. Zudem fordert die SPD ein festes Verhältnis zwischen der Maximalvergütung von Vorständen auf der einen Seite und den Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer auf der anderen Seite. Das Verhältnis soll der Aufsichtsrat festlegen. In Zeiten des Wirtschaftswunders, so rechnete Oppermann vor, hätten Manager ungefähr das 15- bis 20-Fache eines durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelts verdient. Heute sei es das 50-Fache, in manchen Fällen sogar mehr als das 100-Fache. Darüber hinaus fordert die SPD, bei schlechten Leistungen der Vorstände das Gehalt zu kürzen und Ruhegehälter zurückzufordern.

Auslöser für die Debatte ist VW. So war bekannt geworden, dass Ex-Vorstandschef Martin Winterkorn 3 100 Euro Rente erhält – täglich. Hinzu kam der jüngste Fall der VW-Managerin und SPD-Genossin Christine Hohmann-Dennhardt. Sie erhält nach gut einjähriger Tätigkeit für VW eine Abfindung von rund zwölf Millionen Euro, beschlossen von den Arbeitnehmervertretern und den Aufsichtsräten des SPD-regierten Landes Niedersachsen als Großaktionär. Aus Sicht der Union hat die SPD also den Anlass für ihr Wahlkampfthema selbst mitverschuldet.

Die Union im Zwiespalt

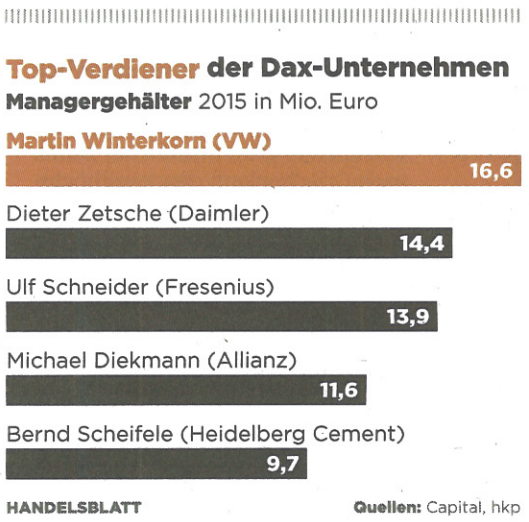
Entsprechend groß ist der Ärger bei der Union. „Die SPD hat uns ihren Gesetzentwurf bislang nicht zugeleitet“, schimpfte Fraktionsvize Stephan Harbarth (CDU). Das sei unter Koalitionspartnern „nicht üblich“. Sein Kollege Michael Fuchs (CDU) wurde noch deutlicher. „Wir haben in der Koalition prominent beschlossen, dass es keine Steuererhöhungen geben wird“, sagte Fuchs dem Handelsblatt. „Wer die steuerliche Absetzbarkeit begrenzt, der erhöht die Steuern.“ Es käme einem „Richtungswechsel“ im Steuersystem gleich, wenn man Betriebskosten in gute und schlechte Kosten unterteile, warnte er. „Als Nächstes werden dann SPD und Grüne die Absetzbarkeit großer Autos begrenzen oder an den Schadstoffausstoß koppeln.“ Zugleich räumte Fuchs ein, dass es innerhalb der Union „noch keine einheitliche Linie“ gebe. So hatten sich vor einer Woche in der Fraktionssitzung Merkel und Fraktionschef Volker Kauder offen für eine Begrenzung der Absetzbarkeit gezeigt. Auch CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt hatte es als ordnungspolitisch unproblematisch erklärt.

Wie schwer sich die Union mit dem Thema tut, zeigt sich auch bei Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Er hatte die SPD-Überlegungen schon vor einem Monat in einem Gastbeitrag für das Handelsblatt kritisiert. Das Steuerrecht eigne sich nicht, so sein Argument. Auf der anderen Seite drohte er aber der Wirtschaft mit einem Gesetz: „Wenn wir feststellen sollten, dass das System aus Selbstverpflichtung und Transparenz nicht hinreichend funktioniert, müssen wir die Vorgaben verbindlicher machen.“

Als Ausweg aus dem Strategiedilemma versucht die Union nun beides: Handlungsbereitschaft signalisieren und zugleich die SPD attackieren. Finanzstaatssekretär Jens Spahn (CDU) gibt die Richtung vor. Er verweist auf die Vereinbarung im Koalitionsvertrag, nach der künftig die Hauptversammlung über die Managergehälter entscheiden soll. „Das können wir morgen am Tag im Bundestag beschließen“, sagte er dem Handelsblatt. Dies würde zu mehr Transparenz führen. „Dann hat das unsägliche Gekungel der Gewerkschaften, die allen Millionengehältern immer zustimmen, endlich ein Ende“, erklärte Spahn. Dahinter steht der Vorwurf, dass die SPD die Koalitionsvereinbarung aus Rücksicht auf die Gewerkschaften blockiert habe.

Dass eines der Vorhaben noch umgesetzt wird, scheint vielen unwahrscheinlich. Nach den Geschäftsregeln von Bundestag und Bundesrat dürfte die Zeit bis zur Bundestagswahl nicht mehr reichen. Es ist Wahlkampf.

Top-Verdiener der Dax-Unternehmen
Managergehälter 2015 in Mio. Euro



HANDELSBLATT **Quellen:** Capital, hkp

Reform der Managervergütung?

Wie lautet der SPD-Vorschlag? AGs sollen von den Bezügen für ihre Vorstände nur höchstens 500 000 Euro pro Jahr und Manager von der Steuer absetzen dürfen.

Würde der Staat festlegen, welche Kosten absetzbar sind? Die Obergrenze per Gesetz wäre eine Abweichung vom „Nettoprinzip“. Es würde festgelegt, welche Kosten der Fiskus anerkennt und welche nicht.

Was hatten SPD und Union vereinbart? Im Koalitionsvertrag wurde festgelegt, dass die Hauptversammlung über die Vorstandsvergütung entscheiden soll. Dies wurde bisher nicht umgesetzt.

Unser Ethikverständnis ist veraltet, es passt nicht mehr in die Moderne.

Andreas Heddergott

Christoph Lütge
Professor für Wirtschaftsethik

Christoph Lütge

„Mäßigung ist schädlich“

Managerboni zu deckeln ist Unsinn, hohe Gehälter müssen sein, sagt ausgerechnet ein Wirtschaftsethiker.

Der Professor an der TU München hält die Diskussion um Managervergütung für rückständig und warnt vor Pauschalurteilen.

Herr Lütge, für Aristoteles war „Maßhalten“ eine Kerntugend. Warum hat der Begriff in der Debatte um Managervergütungen dennoch nichts verloren?
Die Ethik der Mäßigung entstammt der vormodernen Gesellschaft, als es kein nennenswertes Wirtschaftswachstum gab. Gewinne ergaben sich zwangsläufig auf Kosten anderer. Die Gesellschaft musste darauf achten, dass Einzelne nicht zu viel bekamen. Die Herrscher waren davon allerdings ausgenommen. Man kann diese Ethik nicht auf das heutige Wirtschaftsleben übertragen, da sich spätestens mit der Industrialisierung die gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen massiv verändert haben. Seit dem 19. Jahrhundert erleben wir zum ersten Mal in der Geschichte dauerhaftes Wirtschaftswachstum. Der Gewinn des einen entsteht nicht mehr durch Ausbeutung eines anderen. Im Gegenteil: Wer viel verdient, zahlt auch hohe Steuern, von der die Allgemeinheit profitiert.

Ist es gerecht, dass Chefs von Dax-Konzernen das 60- oder gar 80-Fache eines normalen Angestellten verdienen?
Das ist kein grundsätzliches Gerechtigkeitsproblem. Die Schere darf auseinandergehen, wenn die Mitarbeiter davon profitieren. Das tun sie, wenn verantwortungsbewusste Manager für Stabilität im Unternehmen sorgen, damit Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und die Herstellung guter Produkte sichern.

Was spricht dagegen, Gehälter zu deckeln?
Sie bekommen keine guten Leute. Privat mag Mäßigung angebracht sein, in der modernen Marktwirtschaft ist sie schädlich. Unternehmen, die sich aus dieser Motivation zurücknehmen, riskieren, im Wettbewerb zurückzufallen, was zu Jobabbau führen kann. Dasselbe gilt für die Managervergütungen. Wer sagt, dass Boni-Deckel Firmen nützen? Der Porsche-Betriebsratschef Uwe Hück erklärte vor Jahren: „Wir hatten einmal sehr günstige Vorstände. So günstig, dass Porsche fast pleitegegangen wäre.“

Und doch leidet die Reputation.
Der Imageschaden durch den Dieselskandal wiegt schwerer als die Strafen für VW. Er trifft den gesamten Berufsstand. Politiker, die jetzt auf Manager einprügeln, tragen dazu bei, dass Menschen ihr Vertrauen in Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit verlieren.

Die Fragen stellte **Anna Gauto.**